



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



24. Juni 2016

Inhalt

- 1. Brexit: Schwarzer Freitag für Europa und Großbritannien**
- 2. Versprochen! Gehalten! Unkonventionelles Fracking wird verboten!**
- 3. 75. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion**
- 4. Reform des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes**
- 5. Auf ein Wort mit der Deutschen Bahn AG**

Schwarzer Freitag für Europa und Großbritannien

Seit heute steht fest: 51,9 Prozent der Briten haben für ein Austritt aus der EU gestimmt. Dabei fiel das Ergebnis regional höchst unterschiedlich aus.

Der Schock sitzt tief, die Konsequenzen können wir heute noch nicht in Gänze überblicken. Premier Cameron hat seinen Rücktritt für Oktober angekündigt. Wer immer ihm nachfolgt, muss einen Austrittsprozess einleiten, den es in dieser Form noch nie gab und mit den Folgen der Spaltung des Landes politisch umgehen. Auf EU-Seite ist der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Union nun Gegenstand der Verhandlungen. Es wird dabei weder Nachverhandlungen noch einen Sonderstatus Großbritanniens geben.

Thomas Oppermann hat den Brexit als „eine Ernüchterung für Europa, aber nicht sein Ende“ bezeichnet. Es gehe nach diesem Weckruf nun auch darum, ein besseres Europa zu gestalten, das sich den Menschen zuwendet. Nationalismen und Separatismus sind keine Zukunftsoptionen. Nur zusammen können wir uns in einer globalisierten Wirtschaft behaupten. Die Drohung weiterer Austrittsreferenden ist brandgefährlich. Europa darf sich dadurch nicht erpressen lassen.

Wir respektieren die Entscheidung der guten Hälfte der Briten und wir bedauern sie zutiefst, aber der Brexit darf nicht die Akzeptanz der Europäischen Union als Friedens- und Wohlstandsgemeinschaft gefährden. Dafür werden wir weiter streiten!

Fracking

Versprochen! Gehalten! Unkonventionelles Fracking wird verboten!

Nach einem Jahr harten Verhandlungen mit der Union konnten wir uns endlich durchsetzen und am Freitag ein Gesetz zur Regulierung von Fracking beschließen. Für die SPD war immer klar, dass die Gesundheit des Menschen und der Schutz des Trinkwassers absolute Priorität vor wirtschaftlichen Interessen haben müssen. Diese Prämisse haben wir jetzt umgesetzt.

Unkonventionelles Fracking – und nur um diese Technologie geht es in Nordhessen - wird unbefristet verboten. („Eine Erlaubnis für eine Gewässerbenutzung ist zu versagen, wenn Schiefer-, Ton- oder Mergelgestein oder Kohleflözgestein zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdgas oder Erdöl aufgebrochen werden soll ...“)

Zu wissenschaftlichen Zwecken dürfen an maximal vier Stellen bundesweit Probebohrungen für unkonventionelles Fracking möglich sein, aber nur, wenn das betroffene Bundesland zuvor zugestimmt hat. Am Ende der wissenschaftlichen Forschung hat der Deutsche Bundestag dann das letzte Wort. Sowohl die Festlegung einer Anzahl von Probebohrungen, wie auch die Entscheidung des Bundestages waren SPD-Forderungen, die wir nun durchsetzen konnten. Die Union wollte die Anzahl der Probebohrungen offen und einen Automatismus durch eine Experten-Kommission zu lassen.

Konventionelles Fracking in Niedersachsen wird nun endlich mit strengen Umweltstandards belegt. Bei der traditionellen Erdgasförderung, auf die das Rot/Grün regierte Bundesland Niedersachsen auch nicht verzichten will, werden die Auflagen zum wirksamen Schutz für Mensch und Umwelt erheblich verbessert und es wird Beweislast erleichtert geben.

Für die öffentliche Wasserversorgung haben wir sicher gestellt, dass in allen Einzugsgebieten von Wasserentnahmestellen, sowie in Talsperren und natürlichen Seen, die zur öffentlichen Wasserversorgung dienen, ferner in Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten Fracking jeglicher Art generell ausgeschlossen wird.

Noch nie ist eine Technologie oder Fördermethode in Deutschland mit so strengen Regelungen belegt worden. Die SPD hat mit dem Verbot von unkonventionellem Fracking einen großen Erfolg für Mensch und Umwelt errungen. Das Frackinggesetz ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass sich der Einsatz für die richtige Sache lohnt und sich Hartnäckigkeit auszahlt.

Das Gesetzespaket besteht aus mehreren Änderungen im wasser- und naturschutzrechtlichen Bereich sowie im Bergbaurecht. Die entsprechenden Dokumente können bei Interesse hier abgerufen werden:

[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie](#)

[Entwurf eines Gesetzes zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung auf den Bohrlochbergbau und Kavernen](#)

75. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion

Der Bundestag erinnerte [am Mittwoch mit einer einstündigen Debatte](#) an den 75. Jahrestag des Überfalls von Hitler-Deutschland auf die Sowjetunion.

Am 22. Juni 1941 startete Nazi-Deutschland den Überfall auf die Sowjetunion unter dem Decknamen "Barbarossa". 121 Divisionen fielen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer in die UdSSR ein. Es begann ein beispielloser Vernichtungskrieg

gegen den "jüdischen Bolschewismus". SS-Einsatzgruppen exekutierten in den eroberten Gebieten systematisch Kommunisten, Juden, Sinti und Roma. Auch Zivilisten, die Widerstand leisteten, wurden ohne Prozess erschossen. Über 300.000 Kriegsgefangene starben unmittelbar nach dem Überfall. Ihre Versorgung hatte die Wehrmacht von vornherein ausgeschlossen. Eine halbe Million Menschen fielen Massenerschießungen zum Opfer. Am Ende forderte der von Hitler ausgelöste Zweite Weltkrieg auf sowjetischer Seite 27 Millionen Menschenleben.

Deutschland und die meisten anderen europäischen Staaten blicken seit dem Ende des zweiten Weltkrieges auf mehr als sieben Jahrzehnte des Friedens zurück. Dass dies so bleibt und auch dort Frieden einkehrt, wo, wie in der Ostukraine, noch gekämpft wird, dies sieht unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier als wichtigste Aufgabe in Europa.

Bundesaußenminister Steinmeier ging in seiner Rede auf die aktuelle Lage in Europa ein. Mit Blick auf Russland sagte er, dass der Dialog nicht zur Disposition gestellt werden dürfe. Dauerhafte Sicherheit könne es in Europa nur mit Russland geben. Auch für die Lösung der Konflikte in Syrien, Libyen und dem Irak brauche man die Zusammenarbeit mit der russischen Seite.

Reform des Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuergesetzes



Die Erbschaftsteuer ist eine der wenigen Vermögensteuern, die wir in Deutschland haben. Jetzt wird sie es auch bleiben. Sigmar Gabriel ist es gelungen, die monatelange Blockade der CSU zu beenden und sich mit der Union auf eine [Reform der Erbschaftsteuer](#) zu verständigen. Die CSU ist mit ihren dreisten und verfassungswidrigen Lobbyisten- und Klientelforderungen, die sich Herr Seehofer von der bayrischen Wirtschaft hat diktieren lassen, gnadenlos gescheitert.

Unsere wesentlichen Ziele waren:

- Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer zu sichern und Mehreinnahmen zu generieren.
- Arbeitsplätze im Mittelstand zu schützen.
- Eine verfassungsfeste Lösung zu bekommen.

Alle drei Punkte sind gelungen.

- Sigmar Gabriel ist es in der Schlusskurve sogar gelungen, das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer künftig zu erhöhen – und zwar über die knapp 1,5 Mrd. Euro hinaus, die das Bundesfinanzministerium im Frühjahr als langfristig zusätzliche Einnahmen prognostiziert hat.
- Die Lohnsummenregelung wird verändert: kleine Betriebe bis zu 5 Beschäftigten bleiben von der Erbschaftsteuer befreit, wenn der Betrieb fortgeführt wird. Ebenfalls bleiben nachweisbar lange geplante Ansparungen für Investitionen unberücksichtigt.
- Auch wenn nicht alle verfassungsrechtlichen Zweifel vollständig ausgeräumt sind, was bei einer solchen Reform auch nicht verwunderlich ist, gehen wir davon aus, dass das Gesetz in Karlsruhe Bestand haben wird.

Auf ein Wort mit der Deutschen Bahn AG

SPD-Landesgruppe Hessen erkundigt sich über hessische Bahnprojekte

Am Montag traf die SPD-Landesgruppe Hessen, der Zusammenschluss aller hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten, Vertreter der Deutschen Bahn AG zum Gespräch.

Mit dem Vorstandsmitglied Ronald Pofalla und dem zuständigen Konzernbevollmächtigten für Hessen Herr Dr. Vornhußen konnten zentrale Themen aus hessischer Sicht besprochen werden. Die Bundestagsabgeordneten erkundigten sich nach den aktuellen Ständen bei Großprojekten wie zum Beispiel bei den Bahnverbindungen Frankfurt-Mannheim, Hanau-Fulda oder nach dem Ausbau der Mitte-Deutschland Verbindung und betonten die Wichtigkeit dieser Verkehrsverbindungen.

Debattiert wurden auch Planungen zu ICE-Trassen, die die Ortschaften Bad Hersfeld und Weiterstadt stark belasten würden. Hier machten die Bahnvertreter deutlich, dass die vorliegenden Trassenplanungen lediglich Entwürfe seien. Die Bürgerbeteiligungen zu diesen Projekten stünden noch aus und sollten im kommenden Herbst beginnen und ergebnisoffen ablaufen.

Neben den hessenspezifischen Themen wurden auch allgemeine Punkte besprochen. Dazu gehörte unter anderem der Apell der Bundestagsabgeordneten an den Vorstand der Bahn die neue Strategie von DB-Cargo erneut zu überarbeiten. Die Parlamentarier mahnten an, dass der Grundsatz „von der Straße auf die Schiene“ im Güterverkehr weiterhin Priorität haben müsse und dass keine Arbeitsplätze in Hessen gefährdet werden dürften.

Außerdem wurde das Thema Lärmschutz diskutiert. Die Bahn teilte mit, dass bis 2022 alle Güterverkehrszüge mit sogenannten „Flüsterbremsen“ ausgestattet sein werden. Diese Maßnahme würde zu einer deutlichen Reduktion der Lärmbelastung allerorts führen und sei deutlich effektiver als „unschöne“ und planungsintensive Lärmschutzwände.

Deutlich machten die Landesgruppenmitglieder auch, dass sie dringend eine Verbesserung der WLAN-Verbindungen in den Zügen - und dies nicht nur in der 1. Klasse - erwarten und dass die Pünktlichkeit insbesondere bei den Fernzügen erhöht werden müsse.



v.l.n.r.: Gerold Reichenbach MdB, Birgit Kömpel MdB, Dr. Hans-Joachim Schabedoth MdB, Ulli Nissen MdB (v.), Martin Rabanus MdB, DB-Vorstandsmitglied Ronald Pofalla, Ulrike Gottschalck MdB, Michael Roth MdB, Konzernbevollmächtigter Dr. Vornhusen, Edgar Franke MdB, Dr. Jens Zimmermann MdB

Foto: Jana Kraiewski

Unser Tipp:

- Kultur verbindet – bundesweit Gastfamilien für Herbst/Winter 2016 gesucht: Der Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V. (VDA) sucht ehrenamtliche Gastfamilien mit Herz, die einen schulpflichtigen Austauschgast für 4-8 Wochen bei sich aufnehmen und ihm die deutsche Kultur und Sprache näher bringen. Der VDA organisiert seit über 40 Jahren Schüleraustauschprogramme mit Schulen in Argentinien, Brasilien, Chile, El Salvador, Paraguay und Namibia. Weitere Infos gibt es unter www.vda-kultur.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

**V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia